

2. FESTSETZUNGEN GEM. §9(4) BAUGB IN VERBINDUNG M. § 81 BAUONW

2.1 DACHFORM, DACHNEIGUNG, HAUPTFIRSTRICHTUNG SD Satteldach Walmdach z B 30° Dachneigung

- Hauptfirstrichtung

3. BESTANDSDARSTELLUNGEN UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN

31 HAUPIVERSORGUNGS - UND HAUPTABWASSERLEITUNGEN oberirdisch

Die Art der Leitungen soll näher bezeichnet werden vorh Mischwasserkanal mit vorh. Schacht gept Mischwasserkanal mit gept Schacht

3.2 SONSTIGE DARSTELLUNGEN UND HINWEISE VIIIII Vorh Gebäude bzw bauliche Anlagen

1//23 /// mit Hausnummer Flurgrenze

z.B. 30 Flurstücksnummer

Vorh Bebauung, nicht katasteramti eingetragenes Gebäude ---- gepl. Flurstucksgrenze

7777777777 Grenze des Flurbereinigungsverfahren

4. RECHTSGRUNDLAGEN

- 4.1 Bau GB in der Neufassung vom 08.12.1986 (BGBI I S. 2253).
- 4.2 BauNVO in der Fassung der Bekanntmachung vom 15 09 1977 (BGBI I S. 1763), geändert durch Anderungsverordnung vom 19.12.1986 (BGB1. I S. 2665).
- 4.3 BauONW in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.06 1984 (GVNW 5 419), zuletzt geandert durch Gesetz vom 20.06.1989 (GVNW S.432).
- 4.4 GONW in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.08 1984 (GVNW S. 475), zuletzt geändert d. Art 9 Rechtsbereinigungsgesetz vom 06.10.1987 (GVNW S. 342), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.06.1989 (GVNW 5.362).
- 4.5 Planz VO in der Fassung der Bekanntmachung vom 30.07.1981 (BGBI. I S. 833).

5. TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- 5.1. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN GEM. \$9 BAU GB UND BAU NVO
- 5.1.1 Die von der Bebauung freizuhaltenden Flächen (Sichtdreiecke) gemäß §9 (1) Nr. 10 BauGB sind von jeder sichtbehindernden Bebauung freizuhalten.
- Anpflanzungen dürfen eine Höhe von 0.70 m, gemessen von Oberkante Verkehrsfläche, nicht überschreiten. Einzelbäume mit Stamm und Krone ab 2,00m, gemessen von OK. Verkehrsfläche, sind zulässig.
- 5.1.2 Die Sockelhöhe darf, gemessen von OK. fertiger Erschließungsfläche bis OK. fertiger Fußboden Erdgeschoß, das Maß von 0.35m im Mittel nicht überschreiten. 5.1.3 GA und St gemäß § 12 (1) BauNVO sowie Einrichtungen und Nebenanlagen gemäß § 14 (1) Satz 1
- Bau NVO sind auch außerhalb der überbaubaren Flächen zuläßig.

5.2. FESTSETZUNGEN GEM. § 9 (4) BAU GB IN VERBINDUNG MIT § 81 BAU ONW

- 5.2.1 Die Hauptgebäude sind mind. zu 50 % in Verblendbauweise zu erstellen. 5.2.2 Eingeschossige Anbauten sowie untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen gemäß §14 (1) BauNVO und Garagen sind von den Festsetzungen über Dachform und Firstrichtung nicht betrof-
- 5.2.3 Der Sparrenanschnittpunkt (Schnittpunkt OK. Sparren mit Aussenkante des aufgehenden Mauerwerks) darf das angegebene Maß, gemessen von OK. fertiger Fußboden, oberstes Vollgeschoß,

bei eingeschossiger Bebauung = 1,10 m bei zweigeschossiger Bebauung = 0,75 m

- 5.2.4 Als Dacheindeckung sind Ziegel oder Betondachsteine zu verwenden.
- Flachdächer sind mit Kies in Naturtönen abzudecken. Flachgeneigte Dächer sind mit einer umlaufenden Attika auszubilden.
- 5.2.5 Als Grundstückseinfriedigung entlang der Erschließungsflächen sind lebende Hecken oder Lattenzäune bis max. 0,70m zulässig.

I ANDERUNG ZUM BEBAUUNGSPLAN NR. 4 "STERNENWEG"

TEIL I - PLAN M 1 500, TEIL II - TEXTLICHE FESTSETZUNGEN (als weiterer Bestandteil z. Plan)

Entwurf und Bearbeitung: Stadtbauamt Lengerich M Westfalen, Planungs- und Hochbauabteilung Lengerich, den 30.08.1990

Es wird bescheinigt, daß die Kartengrundlage mit der Darstellung des Liegenschaftskatasters zum Stichtag vom 19.09.1990 übereinstimmt und die Festlegung der Planung geometrisch eindeutig ist. 26-10-1990

zum Bebauungsplan Nr.4 "Sternenweg" beschlossen. Lengerich, den 07 06 1988

gez KARNER Burgermeister gez FROHLICH Ratsmitglied

Schriftfuhrer

gez BLOM

doung Bielefeld

Der Entwurf der Bebauungsplananderung einschließlich Begründung hat gem § 3 (2) BauGB It. Bekannlmachung vom 25. 10. 1990 in der Zeit vom 05.11. 1990 bis einschl 07. 12. 1990 offentl ausgelegen Lengerich, den 10.12.1990

Der Rat der Stadt Lengerich hat am 16.07.1991 diese Bebauungsplananderung gem. § 10 BauGB in Verbindung mit § 81 BauO NW als Satzung und die Begründung beschlossen.

Die ______ gekennzeichneten Anderungen sind Bestandteil dieses Planes.



Diese Bebauungsplananderung ist gemaß § 11 BauGB mit Verfügung vom 24.10. 1947 Az. 35.2.1-5204 genehmigt worden.

Münster, den 24.10.1991



Die Genehmigung dieser Bebauungsplananderung, sowie Ort und Zeit ihrer offentl. Auslegung ist gemäß § 12 BauGB am 29.11.1991 ortsüblich bekanntgemacht worden. Mit dieser Bekanntmachung ist diese Bebauungsplanänderung rechtsverbindlich geworden Lengerich, den 09.12.1991

